

IK-	KORR	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	<p>3/2006</p> <p>August</p>
------------	-------------	---	---

Jour fixe im Mai 2006

Die Kreisdienststellen des MfS – verantwortlich für alles und jedes ?

Unsere Einladung zur Information und Diskussion über Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise der Kreisdienststellen (KD) des MfS fand unerwartet starke Resonanz: der Raum reichte kaum aus, alle Interessenten zu fassen und infolge lebhafter Debatte wurde es ein langer Abend.

Zunächst stellte Klaus Jauer am Beispiel Wittenbergs die Vielfalt der Verantwortungsbereiche und Aufgaben einer KD dar. Für mich wurde eindrucksvoll deutlich, wie sich eine kaum zu überblickende Fülle von Anforderungen und Problemen in einer territorialen Dienststelle des MfS zusammenballten:

- Sicherung von Verkehrswegen mit ihrer wirtschaftlichen und zum Teil militärischen Bedeutung;
- grenzüberschreitender Verkehr zwischen BRD und DDR, den die westlichen Geheimdienste zeitweise massiv nutzten, um zur Spionage angeworbene Kraftfahrer in und durch die DDR zu schicken;
- große und kleinere Betriebe der Landwirtschaft und Industrie mit Bränden, Havarien und anderen Störungen, z.B. Nichterfüllung der Pläne oder mit manchmal durch Verantwortliche vorgetäuschter Planerfüllung;
- Anlagen aus Käufen bei Westfirmen, welche nicht selten die DDR-Betriebe als Erprobungsfeld ihrer Neuentwicklungen nutzten;
- die Außensicherung militärischer Objekte – darunter allein 40 Einrichtungen der GSSD - im Kreis;
- auf immer neue Gruppen von Bürgern erstreckte Sicherheitsüberprüfungen - und zu alledem ein ausuferndes Berichtswesen.

In den achtziger Jahren kamen hinzu eine zunehmende Kräftebindung durch Observation als oppositionell bewerteter Gruppen sowie durch Bemühen um die Eindämmung der Flut von Übersiedlungsersuchen nach der BRD. Diese machten ab etwa 1986 einen Großteil der Operativen Personenkontrollen (OPK) aus. Dabei zeigte sich, dass die Aussiedlungswünsche mehrheitlich nicht durch gegnerische Beeinflussung verursacht waren, sondern „hausgemachten“ Problemen entsprangen.

Das skizzierte Bild zeigte augenfällig, daß „flächendeckende Überwachung“ illusionär bleiben mußte angesichts ständiger Ausweitung des Aufgabenspektrums infolge der Eigendynamik des Sicherheitsapparates ebenso wie infolge von außen gern dem MfS zugeschobener Verantwortlichkeiten.

Kurt Zeiseweis als früherer Leiter der KD Berlin-Treptow beleuchtete ergänzend Aspekte, die vor allem seit den Wendejahren Diskussionsstoff sind. Dazu gehörten grundsätzliches Gebundensein an dienstliche Weisungen, jedoch Entscheidungsspielraum im Einzelnen. Z.B. wurden Westreise-Anträge von Nichtwählern generell skeptisch betrachtet, aber nicht pauschal abgelehnt, sondern ggf. nach Einzelfallprüfung auf ein Veto der KD gegenüber dem entscheidenden Volkspolizei-Kreisamt (VPKA) verzichtet. (Bei mir wurde Erinnerung angeregt, wie nicht selten Entscheidungen gar nicht beim MfS lagen – z.B. auch bei Bestätigungen als Auslands- oder Reisekader – aber sowohl damals als auch heute dem MfS zugeschrieben wurden und werden. Das Gewicht von Äußerungen des MfS in der DDR führte dahin, ein „keine Einwände“ durch das MfS quasi als Empfehlung zur Zustimmung zu verstehen – das war aber weder Rechtslage noch Intention des MfS.

Da gesetzlich geregelte Vetorechte des MfS offenes Geheimnis in der DDR waren, wurde dies nicht selten genutzt, um bei Ablehnung von Anträgen gegenüber Enttäuschten das MfS vorzuschieben.)

Aufschlußreich auch die aus eigenem Erleben geschöpfte Darstellung Kurt Zeiseweis', wie die Beziehungen zwischen SED-Kreisleitung, Rat des Stadtbezirks und KD des MfS geregelt waren

und praktisch gestaltet wurden. Der KD-Leiter hatte eine Informationspflicht gegenüber dem SED-Kreissekretär über für das Territorium bedeutsame Vorkommnisse und Entwicklungen, der auch nachgekommen wurde. Der Kreissekretär war berechtigt, gegenüber der KD Informationsbedarf vorzugeben, mischte sich aber in die operative Arbeit der KD nicht ein. Ein Weisungsrecht gegenüber der KD war für ihn nur für den Verteidigungsfall vorgesehen. In der Kreiseinsatzleitung als Gremium für die Vorbereitung des Territoriums auf den Verteidigungsfall war der 1. Sekretär der SED-KL Vorsitzender, der KD-Leiter des MfS war wie Bürgermeister und VPKA-Leiter Mitglied. Mit den Letztgenannten gab es Beziehungen gegenseitiger Information und ggf. Abstimmung.

Anekdotisch anmutend, aber doch nachdenklich machend war die Schilderung, wie die KD in einer Abteilung des VEB Berlin-Chemie die Ursache von Verunreinigungen in dort hergestelltem Insulin zu untersuchen begann, und wie bei den dort Beschäftigten die erste Frage war: „Wer hat uns verpiffen?!“ Inoffizielle Mitarbeiter oder andere Quellen des MfS als Bösewichte auszumachen, ist offenbar so neu nicht.

Bemerkenswert war die Schilderung, daß es 1989/90 und danach im Stadtbezirk keine persönlichen Angriffe gegen Mitarbeiter der KD gab, obwohl diese mehrheitlich im Bezirk auch wohnten und schon dadurch vielen Bürgern persönlich als MfS-Angehörige bekannt waren. Zur daran anknüpfenden Frage, wie weit das MfS im Laufe des Jahres 1989 für die paralysiert erscheinende SED gleichsam ersatzweise die maßgebliche Rolle übernommen habe, ergab, daß durch das MfS auf die Anzeichen entgleitender Macht mehrgleisig reagiert wurde: sowohl durch Aufforderung an Spitzenfunktionäre der SED, ihrer Verantwortung nachzukommen und dazu die an Schaltstellen im Staate und in allen gesellschaftlichen Bereichen platzierten Parteifunktionäre zu veranlassen, als auch durch eigenes Hervortreten als Repräsentanten staatlicher Macht. Maßgebend dafür waren Gedanken und Gefühle, die DDR als existenzfähig bewahren zu müssen und zu wollen.

Feld der Diskussion waren angebliche Weisungslinien von den Kreis- und Bezirks-Einsatzleitungen zum MfS, die zur Begründung des AAÜG-Änderungsgesetzes von 2005 konstruiert wurden. Mit der Begründung, gegenüber dem MfS weisungsberechtigt gewesen zu sein, wurden mehrere tausend DDR-Funktionäre neu (!) in die Gruppe der Strafrechner eingegliedert. Sachkundig konnte bestätigt werden, was vor dem Sozialgericht Berlin sogar ein Vertreter der BStU Birthler bezeugt hat: ausschließlich Minister Mielke hatte für das MfS Weisungsrecht, und gegenüber Mielke nur einer: der Generalsekretär des ZK der SED. Die auch im Verlaufe dieses Abends wieder erkennbar gewordene Tatsache, daß das Insiderkomitee - ebenso wie andere sich an der politischen Diskussion beteiligende Linke - zu geringe Wirksamkeit erreichen, um zu einem zutreffenden Bild vom MfS, seinen Angehörigen und seiner Arbeit beizutragen, veranlaßte Kurt Zeiseweiß, die Idee in die Debatte einzubringen: die von ihm zu verantwortenden Operativen Vorgänge öffentlich zu machen und sich anhand der Faktenlage in den Vorgängen der Diskussion mit Kontrahenten – z.B. Frau Birthler oder Herrn Knabe – zu stellen. Ich halte das für ernsthaft erwägenswert.

Klaus Panster